

## **Mittelbauinitiative Konstanz**

### **Erfahrungen des Mittelbaus mit Forschung und Lehre im Notbetrieb**

Stand: Mai 2020

Nach den ersten zwei Wochen des durch die Corona-Situation stark beeinträchtigten Sommersemesters hat sich die Mittelbauinitiative Konstanz beim Mittelbau nach den Erfahrungen mit dem Notbetrieb erkundigt. Die Umfrage ist zwar nicht repräsentativ, die Ergebnisse zeigen aber Probleme, von denen viele betroffen sein dürften. Daher wollen wir hiermit die Leitung und den Krisenstab der Universität Konstanz auf diese Probleme und entsprechende Forderungen aufmerksam machen.

#### **1. Beeinträchtigungen und Verzögerungen in der Forschung**

Zunächst wurde von erheblichen Einschränkungen und Verzögerungen in der Forschung berichtet, die sich vor allem aus dem **Mehraufwand der Online-Lehre** und dem **Problem der Kinderbetreuung** ergeben haben. Die Forschung wurde aber auch durch Schwierigkeiten bei der **Umsetzung der Home-Office-Situation** beeinträchtigt, da zum Teil wichtige technische Infrastruktur (Schreibtisch, Bürostuhl, Drucker, leistungsfähiger Rechner, großer Bildschirm) und Arbeitsmaterial fehlen und das Arbeiten zuhause auch eine mentale Herausforderung (Konzentration, Produktivität, Ablenkbarkeit) darstellen kann.

Der Übergang in die Home-Office-Situation wurde durch die plötzliche Schließung der Universität erschwert, da nur wenige Stunden nach der Ankündigung des Notbetriebs **kein Zugang mehr zu den Unterlagen in den Büros und zur Bibliothek möglich war**. Es wurde mehrfach beklagt, dass der plötzliche Notbetrieb der Universität Einbußen verursacht hat, etwa bei laufenden Experimenten, die durch eine bessere Kommunikation und vor allem durch eine frühere Ankündigung des Wechsels in den Notbetrieb oder eine Übergangsphase mit einmaligem Zutritt zur Abholung von Arbeitsmaterialien vermeidbar gewesen wären.

Aufgrund der Reisebeschränkungen sind weder **wissenschaftliche Veranstaltungen** noch **Forschungsaufenthalte** durchführbar und darüber hinaus auch **Feldforschungen** unmöglich, die zum Teil saisonabhängig sind und nicht ohne weiteres nachgeholt werden können.

Die empirischen Wissenschaften sind besonders betroffen von der Situation, da sie auf **Experimente und andere empirische Untersuchungen** angewiesen sind. Auch im eingeschränkten Präsenzbetrieb sind Experimente und Studien nicht in vollem Umfang möglich, was zum einen am beschränkten Zugang zu den Laboren und der Unmöglichkeit, mit Proband\*innen zu arbeiten (so hieß es etwa, dass EEG-Studien möglich sein sollten, wenn auch Friseur\*innen wieder arbeiten dürfen), liegt.

Darüber hinaus wurde auf **das Fehlen von Hilfskräften** hingewiesen, zum Beispiel: „Although the university is partly re-opening on Monday, students are still not allowed which means I have no BSc, MSc or Hiwi to help me. The crisis is also delaying the arrival of the PhD student I recruited, and who would have taken on quite a large part of this work. Of course I can do some experiments myself, but I won't be nearly as productive as if I had 2 or 3 students working with me like last summer [...]“

Nicht zuletzt wird darauf aufmerksam gemacht, dass „sich viele **Naturwissenschaftler\_innen momentan** auf freiwilliger Basis **für die Bekämpfung des Coronaviurs einsetzen**: Einige Biolog\_innen (auch der Uni Konstanz) arbeiten momentan an Coronatests im Auftrag der Regierung und für kommerzielle Firmen. Dafür bleiben die eigenen Forschungsarbeiten liegen.“

➔ **Die Situation führt zu erheblichen Verzögerungen in der wissenschaftlichen Arbeit**, und zwar je nach der weiteren Entwicklung der Lage im Umfang von bis zu über einem Jahr. Neben den allgemein begrüßten Maßnahmen durch die Universität wurde daher umfangreicherer Zugang zu Laboren und Hilfskräften sowie eine Uniweite Regelung zur Nutzung von Einzelbüros (statt der Übertragung auf die unmittelbaren Vorgesetzten) gefordert, aber auch Rücksichtnahme bei auslaufenden Verträgen, da Projekte zum Teil erheblich verzögert wurden bzw. gar nicht erst begonnen werden konnten. Insgesamt wird eine höhere Aufmerksamkeit von Seiten der Universität für die schwierige Situation von Wissenschaftler\*innen gewünscht, was exemplarisch wie folgt ausgedrückt wurde: „I would in general appreciate it if the university acknowledged that this is a major crisis affecting everyone, and possibly on different levels, and that people in insecure positions and/or without a strong personal network supporting them through this crisis, might be affected quite severely.“

## 2. Mehraufwand durch die Online-Lehre

Zur Online-Lehre wurde überwiegend berichtet, dass sie deutlich aufwendiger und zeitintensiver ist als die Präsenzlehre. Zunächst hat die **Einarbeitung in die Online-Formate** und die **Ausarbeitung entsprechender didaktischer Konzepte** sehr viel Zeit gekostet, wobei auch die Arbeitsbedingungen im Home-Office zum Teil „technisch nicht für einen so abrupten Umstieg auf die Onlinelehre eingestellt waren (vor allem bezüglich Mikrofon, Kamera, Internetverbindung)“.

Wegen des plötzlichen Wechsels in den Notbetrieb **konnte auf schon ausgearbeitete Seminarentwürfe nicht zugegriffen werden**, wobei allerdings in den meisten Fällen **bereits konzipierte Veranstaltungen** ohnehin für die Online-Lehre **umgestaltet werden mussten**. Da die Bibliothek abrupt geschlossen wurde, war lange nicht klar, inwiefern Literatur verfügbar ist, was die Neukonzeption von Lehrveranstaltungen ebenfalls erheblich beeinträchtigt hat.

Neben der Einarbeitung ist auch die **konkrete Vorbereitung der Online-Lehre** aufwendiger. Beispielsweise wird berichtet: „Anstelle eines Tages Vorbereitung verbringe ich im Moment 3 Tage mit der Vorbereitung des Stoffs für eine Woche“ oder „Vor- und Nachbereitung zusammen ergeben etwa den doppelten Aufwand für die Lehre“.

Auch **die Durchführung nimmt erheblich mehr Zeit in Anspruch**. Dies liegt zum Teil an den asynchronen Formaten, bei denen es deutlich länger dauert, „die Antworten der Studierenden einzeln durchzugehen und individuelle Rückmeldungen zu verfassen.“ Auch wird mehr Zeit benötigt, „weil technische Schwierigkeiten auftreten, weil die Lehrmaterialien angepasst werden müssen und weil die Interaktion mit den Studierenden nicht in einer Präsenzveranstaltung gebündelt ist.“ So führt die Online-Lehre zu „erhöhtem Kontakt mit Studierenden über Foren und Email“ und „die Anzahl an E-Mails von Studierenden [ist] enorm gestiegen.“

Dabei dürfte die Online-Lehre „auch **weniger intensiv und weniger lehrreich als Präsenzlehre**“ sein, wobei außerdem zu bedenken gegeben wurde, „dass Studierende Probleme mit dem Internet haben könnten, als Freiwillige im Krankenhaus arbeiten oder selbst erkrankt sein könnten.“ In vielen Fällen ist schließlich eine **angemessene Lehre in diesem Format überhaupt nicht möglich**. So können etwa praxisorientierte Seminare, in denen gemeinsam Experimente entworfen und wissenschaftliche Prozesse nachvollzogen werden sollen, online kaum durchgeführt werden, ganz zu schweigen von angeleiteter Arbeit in den Laboren. Lehrveranstaltungen in den Geisteswissenschaften, in denen gemeinsam Texte erarbeitet und

diskutiert werden, sind auf persönliche Interaktion angewiesen, was in synchronen Online-Formaten nur eingeschränkt und in asynchronen Formaten unmöglich ist.

- ➔ Während auch hier die Bemühungen der Universität, Abhilfe zu schaffen, durchaus anerkannt wurden, wurde weiterhin gefordert, angesichts des deutlichen Mehraufwands in der Lehre **für mehr Transparenz bei Deputatsreduktionen bzw. für großzügigere Deputatsanrechnungen zu sorgen.**

### 3. Mehrbelastung durch Care-Arbeit

Bei der Care-Arbeit stellt die **Kombination aus Home-Office und Homeschooling** eine erhebliche Belastung dar, zumal die Schulen „praktisch die gesamte Verantwortung auf die Eltern übertragen“. Dies gilt ganz besonders für Alleinerziehende, die zum Teil auch keine Unterstützung durch Familie oder andere Instanzen haben. Man wird zur „Grundschullehrerin im Nebenjob“ und muss zudem noch den „Mehraufwand für Kochen und Haushalt, wenn man fast rund um die Uhr zuhause ist,“ bewältigen. Aber auch ohne Homeschooling kostet die Betreuung von Kindern sehr viel Zeit. So berichtet ein Paar von seinen drei Kindern, „die normalerweise in Krippe/Kindergarten+ Tagesmutter bzw. Schule+Nachmittagsbetreuung betreut werden im Umfang von ca. 42h/Woche“, was nun selbst übernommen werden muss.

Mehrfach wurde in diesem Zusammenhang von zerstückelten Arbeitstagen und einer dadurch stark beeinträchtigten Produktivität berichtet.

Zum Teil müssen auch **Eltern** betreut werden, die zur Hochrisikogruppe gehören. Hier handelt es sich nicht nur um Fälle, in denen eine anrechenbare Pflegestufe vorliegt. Teilweise müssen auch ansonsten gesunde Eltern im Alltag – etwa beim täglichen Einkauf und bei Besorgungen – unterstützt werden. Die Betroffenen wissen nicht, ob und in wie weit sie diese Belange geltend machen können.

- ➔ Das Angebot der Universität zur finanziellen Unterstützung der Betreuung von Kindern wird dankbar angenommen, dabei aber betont, **dass diese Möglichkeit auch „während der restlichen Monate vor den Sommerferien bzw. während des eingeschränkten Schul- und Kitabetriebs weitergeführt“ werden sollte.** Außerdem sollte **die besondere Situation der Eltern** bei den oben ausgeführten Einschränkungen in

Forschung und Lehre **berücksichtigt werden**, insbesondere mit Blick auf Vertragsverlängerungen und Deputatsreduktionen.

#### 4. Probleme bei Anträgen und Verträgen

Nicht zuletzt wurde auch von Schwierigkeiten mit Verträgen und Anträgen berichtet. Insbesondere für Kollegen\*innen auf **Drittmittelstellen** führt das absehbare Projektende zu großer Verunsicherung. Bei der Ausstellung von **Lehraufträgen** wurden ebenfalls Probleme gemeldet und es wurde die Frage in den Raum gestellt, ob auch **Beamtenverhältnisse auf Zeit** verlängert werden können. (Antwort: ist in Arbeit (z.B. Juniorprofs LHG-Änderung))

Aufgrund der Einschränkungen in Forschung und Lehre ist es zum Teil **nur schwer möglich**, **Drittmittelanträge** für weitere Projekte und Anstellungsverhältnisse **zu erarbeiten**. Auch wird von Berufungsverfahren oder schon bewilligten Forschungsaufenthalten berichtet, die auf unbestimmte Zeit vertagt wurden. Die Krise führt also auch zu **erheblichen Planungsunsicherheiten**: „Eigentlich müssten gegenwärtig einige Weichen gestellt, Anträge eingereicht und Forschungsaufenthalte geplant werden. All das ist derzeit aber nicht oder nur eingeschränkt möglich. Mein Zeitplan gerät dadurch massiv durcheinander und die Auswirkungen werden sich lange Zeit durchziehen.“

Vielfach gibt es auch Probleme bei der Anstellung bzw. **Weiterbeschäftigung von Hilfskräften** und Masterstudierenden, die ohne Vertrag nicht eingesetzt werden können. Dadurch haben sich die oben beschriebenen Einschränkungen in Forschung und Lehre zum Teil noch verschärft.

➔ Insgesamt wurde geltend gemacht, **dass sich die ohnehin prekäre Situation des befristet beschäftigten Mittelbaus durch Corona in vielen Hinsichten weiter zuspitzt**. So „sind die Konsequenzen der Corona-Einschränkungen insbesondere für Forschung für befristet angestellte Wissenschaftler\*innen ungleich existentieller als für die wenigen mit Festanstellung. Denn ein gefördertes Projekt bzw. eine Qualifikation muss in einem bestimmten Zeitrahmen bewältigt werden.“ Dies gilt insbesondere auch für Personen mit umfassenden Betreuungsaufgaben – oft Frauen – die „nach der Coronakrise schlechter für den akademischen Arbeitsmarkt aufgestellt sein werden“.

## 5. Forderungen der Mittelbauinitiative

Diesen Einschätzungen schließt sich die Mittelbauinitiative an. Die dargestellten Probleme durch Notbetrieb, Online-Lehre, Care-Arbeit und den allgemein erschwerten Bedingungen für die Forschung, die zum Teil schlicht unmöglich ist, treffen befristet beschäftigte Wissenschaftler\*innen besonders hart. Daher **fordern wir ausdrücklich,**

- **befristete Verträge** in großem Umfang und nicht nur in Einzelfällen angemessen zu verlängern, soweit bei den jeweiligen Beschäftigten Bedarf daran besteht. Hier sollten die Möglichkeiten voll ausgeschöpft werden, die die Ausweitung des WissZeitVG bietet. Insbesondere erscheint es uns nicht zulässig, dass die **Ausweitung der formalen Höchstbefristungsgrenze** nicht wie vom Gesetzgeber in §7 Abs.3 S.1 WissZeitVG vorgesehen pauschal umgesetzt wird.
- Regelungen für diejenigen zu finden, die durch **Drittmittelprojekte** finanziert sind: Wenn es nicht, wie bei der DFG, eine pauschale Verlängerung der Projektlaufzeit durch den Geldgeber gibt, muss sich die Universität für Lösungen einsetzen.
- für Forschungsprojekte, die stärker zurückgeworfen wurden, darüber hinaus **eine weitere Verlängerung zu ermöglichen.**
- den **Mehraufwand für die unvermittelte Umstellung auf Online-Lehre** als Mehrarbeit auf das Deputat anzurechnen. Die Möglichkeiten dazu müssen transparent und unbürokratisch sein – zu präferieren wäre eine pauschale Mehranrechnung von 25%. Wenn das im Rahmen der LVVO nicht möglich ist, fordern wir eine Corona-bedingte Ausnahmeregelung.
- bei **Neubesetzungen** von wissenschaftlichen Mitarbeiter\*innen-Stellen, Juniorprofessuren und Professuren Corona-bedingte Verzögerungen bei der Bewertung der Forschungsleistung mit zu bedenken. Beispielsweise könnte eine Stellungnahme für die Bewerbungsunterlagen angefordert werden, die darlegt, inwieweit solche Verzögerungen vorkamen.
- so bald wie möglich umfassenden **Zugang** zu Einzelbüros, Laboren und Bibliothek zu schaffen.
- die besondere **Unterstützung von Wissenschaftler\*innen mit Betreuungspflichten** im Fall von fortbestehenden oder wiederaufkommenden Einschränkungen des Kita- und Schulbetriebs beizubehalten.

Die Mittelbauinitiative **unterstützt außerdem die Forderungen des Gleichstellungsrats** vom 12.5.2020 zur „Vereinbarkeit von Forschung, Lehre, Verwaltung und Studium mit Familienpflichten“ während der Corona-Pandemie: die „Bereitstellung finanzieller Mittel zur Vertragsverlängerung für den Zeitraum von Kita- und Schulschließungen“, den „Abzug des Zeitraums der Kita- und Schulschließungen bei der Festlegung von Evaluations-, Abgabe- und Prüfungszeitpunkten“, sowie den Abzug des Zeitraums der Kita- und Schulschließungen bei Leistungsbeurteilungen in laufenden und zukünftigen Evaluations- und Stellenbesetzungsverfahren, einschließlich Berufungsverfahren und Tenure-Entscheidungen“. Das gleiche sollte für die Betreuung von pflegebedürftigen Familienangehörigen gelten.